

## Sammeltitel – Titre collectif

**Gatt/Uruguay-Runde**  
**Gatt/Cycle d'Uruguay**

94.080-09

**Gatt/Uruguay-Runde.**  
**Gesetzesänderungen.**  
**Landwirtschaftsgesetz**  
**Gatt/Cycle d'Uruguay.**  
**Modification de lois.**  
**Loi sur l'agriculture***Differenzen – Divergences*

Siehe Seite 2244 hiervor – Voir page 2244 ci-devant  
Beschluss des Ständerates vom 13. Dezember 1994  
Décision du Conseil des Etats du 13 décembre 1994

**Art. 31c***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Nebiker** Hans-Rudolf (V, BL), Berichterstatter: Der Ständerat ist unseren Beschlüssen gefolgt mit Ausnahme von Artikel 31c, dort schliesst sich die Kommission nun dem Beschluss des Ständerates an.

Bei den Übergangsbestimmungen (Ziff. Ibis) bestehen zwei Anträge, nämlich der Antrag der Minderheit Kühne und der Antrag der Mehrheit.

*Angenommen – Adopté***Ziff. Ibis***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Minderheit*

(Kühne, Binder, Deiss, Fischer-Sursee, Gobet, Nebiker, Wyss William)

.... im Bereich der Agrarstützung ....

**Ch. Ibis***Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Kühne, Binder, Deiss, Fischer-Sursee, Gobet, Nebiker, Wyss William)

.... du soutien de l'agriculture ....

**Kühne** Josef (C, SG), Sprecher der Minderheit: Das Tempo, das wir bei der Beratung der Gattlex vorlegen, ist tatsächlich etwas problematisch. Es ist praktisch unmöglich, jeweils die Beschlüsse des anderen Rates zu analysieren, bevor man selbst wieder gefordert ist, zu den Differenzen Stellung zu nehmen. Ich hoffe nur, dass nebst den formellen Problemen zuletzt keine materiellen zurückbleiben. Das wird sich dann zeigen. Der Ständerat legt sehr grossen Wert auf die formelle Regelung, indem Übergangsregelungen nach seinem Beschluss in die Übergangsbestimmungen gehören. Es besteht hier aber

natürlich psychologisch und abstimmungspolitisch ein wesentlicher Nachteil, indem nicht schlüssig beantwortet werden kann, ob die Umlagerung der Mittel auch nach dem Jahre 2002 beibehalten werden kann. Als ehrliche Leute schenken wir dem Versprechen Glauben, dass die umgelagerten Mittel auch umgelagert bleiben werden. Immerhin werden dann Abbauschritte ohne Gesetzesänderungen möglich sein. Ob Treu und Glauben in Zeiten von finanziellen Schwierigkeiten stark zählen, ist mindestens fraglich. Wir sind aber bereit, nachzugeben und uns bei den Übergangsbestimmungen dem Beschluss des Ständerates anzuschliessen. In unserer WAK haben wir in der Zwischenzeit auch gelernt, dass die Gatt-Umsetzung keine mathematische Klarheit und Genauigkeit beanspruchen kann. Der Beschluss des Ständerates beinhaltet ja die internen Stützungen mit insgesamt 540 Millionen Franken für die gesamte Übergangsperiode oder 90 Millionen jährlich. Das ist präzise.

Der Antrag der Minderheit lagert die Gatt-Verpflichtungen im Bereich der Agrarstützung generell um. Materiell sind damit die Reduktionen der Exportstützung und des Marktzutritts mit enthalten. Und bei diesen beiden Punkten besteht eine Wechselwirkung, die nicht genau berechenbar ist.

Die finanzielle Differenz – gemäss den Aussagen des Direktors des BLW vor der Kommission – besteht darin, dass es sich um maximal 360 Millionen Franken zusätzlich in der ganzen Übergangsperiode oder um 60 Millionen Franken jährlich handeln kann; damit können Sie also auf maximal 150 Millionen Franken kommen.

Es stellt sich nun die Frage: Kompensation, Überkompensation oder sogar unanständige Garantien? Hier verweise ich auf den Bericht des Bundesrates zuhanden der WAK-NR vom Juni 1994, gemäss welchem der Rohertrag der schweizerischen Landwirtschaft bis zum Jahr 2002 um 1,2 Milliarden bis 1,5 Milliarden Franken abnehmen wird. Der Bundesrat rechnet, dass sich Produktionskostenreduktionen inklusive Strukturanpassungen von 200 Millionen bis 400 Millionen Franken ergeben werden. Wenn das Einkommen auf dem heutigen Stand gehalten werden soll, sind zusätzliche Mittel von 0,8 Milliarden bis 1,3 Milliarden Franken bereitzustellen.

Sie sehen nun anhand dieser Zahlen, dass es sich nur beim allgünstigsten Szenario um eine Kompensation in vollem Umfang handeln könnte. Es müssten alle glücklichen Umstände zusammentreffen: Die Teuerung müsste gering bleiben, die Produktionskosten inklusive Strukturanpassungen müssten massive Verbesserungen bringen, und die Preisstabilität in der EU müsste erhalten bleiben.

Kenner der Szene gehen davon aus, dass die EU mit Preissenkungen auf die Gatt-bedingten härteren internationalen Wettbewerbsbedingungen reagieren wird. Das heisst, dass die Dramatik von Gatt im Bereich Landwirtschaft weit grösser sein wird, als es heute dargetan wird. Ich bin also überzeugt, dass es sich in jedem Fall um eine Teilkompensation handeln wird, die nicht zusätzlich erfolgt, die aber insofern ein Sicherheitsnetz ist, als die Umlagerung bisheriger Mittel leichter zu bewerkstelligen ist als das Anstehen und Betteln um neue Bundesmittel, die nicht vorhanden sind.

In diesem Sinne bitte ich Sie, der Minderheit zuzustimmen.

**Nebiker** Hans-Rudolf (V, BL), Berichterstatter: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie zwei Fahnen erhalten haben. Massgebend ist die korrigierte Fassung.

Es geht also bei den Übergangsbestimmungen nur noch um den Antrag der Kommissionsmehrheit und den Antrag der Minderheit Kühne. Dabei geht es nur noch um den Umfang der Mittel, die umgelagert werden sollen.

Die Minderheit Kühne möchte alle Agrarstützungsmassnahmen, die wegen des Gatt abgebaut werden müssen, also auch diejenigen im Exportbereich, umlagern. Nach der Mehrheit der Kommission und dem Beschluss des Ständerates sollen nur die Mittel, die frei werden und die sich auf die internen Stützungsmaßnahmen beziehen, umgelagert werden. Betragsmässig sind das nach der Mehrheit der Kommission und dem Ständerat pro Jahr 90 Millionen Franken oder bis ans Ende der Übergangsperiode 540 Millionen Franken. Nach dem Antrag der Minderheit Kühne sind es zusätzlich pro Jahr 150 Mil-

lionen Franken oder bis zum Ende der Übergangsperiode höchstens 900 Millionen Franken. In beiden Fällen handelt es sich nicht um zusätzliche Mittel, die der Landwirtschaft zugute kommen sollen. Es geht nur um die Umlagerung von Stützungsmassnahmen, die wegen der Gatt-Vereinbarung während der Übergangsperiode abgebaut werden müssen und in Gatt-konforme Massnahmen, d. h. vorwiegend in Direktzahlungen, umgelagert werden sollten.

Die umgelagerten Mittel stellen einen Teil jener Mittel dar, die im Finanzplan festgelegt sind. Dort sind bekanntlich 150 Millionen Franken pro Jahr zusätzlich an Direktzahlungen vorgesehen. Damit sollen die Gatt-bedingten Einkommensausfälle in der Landwirtschaft kompensiert werden. Mit der Umlagerung werden die Finanzplanzahlen im Gesetz abgesichert und über die Finanzplanperiode hinaus verlängert. Die Absicherung erfolgt gemäss Kommissionsmehrheit auf einem Niveau von 90 Millionen Franken pro Jahr, während nach dem Antrag der Minderheit Kühne die Absicherung fast vollständig sein könnte, nämlich mit zusätzlichen 150 Millionen Franken pro Jahr. Je nach Entwicklung der Teuerung wird allerdings auch dieser Betrag unter dem effektiven Betrag liegen, der zur angemessenen Kompensation der Gatt-bedingten Einkommensausfälle nötig ist.

Die Kommissionsmehrheit beantragt Ihnen allerdings, dem Ständerat zuzustimmen, damit wir die Differenz bereinigen und das Geschäft erledigen können. Sie ist auch der Meinung, dass man in dieser Beziehung massvoll sein sollte.

Ich beantrage Ihnen namens der Mehrheit der Kommission, ihr zu folgen.

**Gros Jean-Michel (L, GE), rapporteur:** Une seule divergence subsiste à l'issue du deuxième passage de cette modification de loi au Conseil des Etats. Il s'agit de ce fameux filet de sécurité financier que, au moins dans son principe, les deux Chambres veulent introduire pour garantir aux agriculteurs une compensation aux effets du Gatt. Le Conseil des Etats a maintenu, et ceci tacitement, donc à l'unanimité, sa volonté de faire figurer cette garantie dans les dispositions transitoires. La Commission de l'économie et des redevances, par 16 voix contre 5, se rallie sur ce point.

Reste la question du montant de cette garantie. La minorité propose de biffer le mot «interne». Ceci signifie qu'aux moyens financiers du soutien interne, dont la réduction a été clairement notifiée au Gatt et fixée à 530 millions de francs durant la période transitoire de six ans, il faut ajouter les subventions à l'exportation ainsi que les mesures d'accès au marché. Même si le chiffre de 900 millions de francs a été articulé, et notamment par M. Nebiker, rapporteur, l'ensemble de la réduction de ces mesures est difficile à chiffrer. Garantir la compensation aux agriculteurs sans savoir, précisément, à quoi on s'engage, revient à signer un chèque en blanc, ou en tout cas à s'engager sur un montant non défini.

Il faut rappeler que l'intention manifestée par le Conseil des Etats, qui est à l'origine de la disposition transitoire, n'était pas d'assurer dans la loi une garantie totale de revenus aux agriculteurs, mais d'assurer une somme au-dessous de laquelle nous ne pourrions pas aller pendant six ans. Cette somme, fixée à 530 millions de francs, soit environ 90 millions de francs par année, ne sera pas suffisante pour compenser tous les effets du Gatt, nous le savons. C'est pourquoi est inscrite dans le plan financier 1996–1998 la somme de 150 millions de francs par année, soit 60 millions de francs de plus que la disposition transitoire le prévoit. Mais cette somme pourra être chaque année réactualisée en fonction des effets exacts qu'aura le Gatt sur le revenu paysan. Le Conseil fédéral s'est d'ailleurs engagé à continuer de compenser les effets du Gatt à ce même montant jusqu'à la fin de la période transitoire. Il nous a même assuré qu'au-delà de 2002, les agriculteurs ne seraient bien évidemment pas abandonnés à leur sort, mais que l'aide serait réétudiée une fois les effets directs du Gatt passés.

Pour ces motifs, et notamment celui de savoir à combien exactement se monte la garantie minimum que nous voulons accorder aux agriculteurs, la Commission de l'économie et des redevances, par 15 voix contre 6, vous demande de rejeter la proposition de minorité Kühne.

**Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral:** Je vous rappelle, sans refaire l'histoire, que, dans les dispositions proposées dans le message du Conseil fédéral, il n'y avait pas de proposition allant dans cette direction, puisque nous ne voulions placer dans la législation à modifier, que ce qui est rigoureusement nécessaire à l'application des nouveaux Accords du Gatt.

Le Conseil des Etats, premier Conseil, a introduit une disposition transitoire qui parle du soutien interne, et c'est cette disposition transitoire, que j'ai soutenue devant votre Conseil. Lors des débats de votre Conseil, le Conseil fédéral n'a cependant pas été suivi. Vous avez préféré, à une courte majorité, insérer un article 31c (nouveau), en lieu et place de cette disposition transitoire.

Il y a aujourd'hui, dans les propositions qui vous sont faites, le Conseil des Etats s'étant confirmé dans sa décision, une amélioration sans doute, en ce sens que vous êtes en train de renoncer à un article 31c et que vous préférez la disposition transitoire. La majorité de votre commission est claire sur ce point. Je suis très satisfait de cette amélioration.

Mais, pas n'importe quelle disposition transitoire, nous dit maintenant M. Kühne, porte-parole de la minorité. En effet, la minorité propose une modification du texte de cette disposition transitoire tel qu'il avait été accepté par le Conseil des Etats; elle ne parle plus seulement, dans sa proposition, du soutien interne à l'agriculture – ce soutien interne, c'est clair et net, c'est 90 millions de francs par an pendant les six ans de la période transitoire, et c'est un chiffre précis –, mais elle parle des soutiens internes, plus de l'accès au marché, de la conversion des subventions à l'exportation.

D'après l'étude que nous vous avons remise, étude sérieuse puisqu'elle sort des cerveaux rigoureux de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich, cette évaluation nous ferait passer à quelque 150 millions de francs par année au maximum. Mais là, on n'est pas en présence d'un chiffre mathématiquement précisable, c'est une appréciation, un ordre de grandeur, alors que les 90 millions de francs du soutien interne, eux, sont bien précis.

Je pense que si cette nouvelle proposition de minorité est en amélioration par rapport à l'ancienne, c'est malgré tout la proposition de la majorité de la commission qui me paraît devoir être suivie. Elle va bien dans l'esprit de ce que nous avons tenté de faire tout au long de la révision de cette loi. Elle fait ce signe, je dirai, de sympathie, d'appui aux paysans, que vous avez voulu faire. Elle le fait d'une manière qui n'est pas symbolique; 90 millions de francs supplémentaires par an, ce n'est pas un montant symbolique, mais elle le fait d'une manière ciblée, calculée, plutôt que d'une manière évaluée qui nous conduit tout de suite au maximum des montants, alors même que nous n'en avons pas nécessairement besoin.

C'est dans cet esprit que je vous demande de suivre la proposition de la majorité de la commission.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	80 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	66 Stimmen

#### *An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

## **Sammeltitel Gatt/Uruguay-Runde**

### **Titre collectif Gatt/Cycle d'Uruguay**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	14.12.1994 - 15:00
Date	
Data	
Seite	2356-2357
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 913

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.